Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Bezugspreis: monatlich Mark 25.— durch die Austräger bei frei Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 75.—, monatlich Mark 25.— Anzeigenpreis (einschließl. Anzeigensteuer): im Verbreitungsbezirk der Nummer der 1sp. Kolonelzeile 5.— Mk., monatlich 6.— Mk., im amtlichen Teil die halbe Zeile 20.— Mk., monatlich 24.— Mk., im Reklameteil die Petitzeile 17.— Mk., monatlich 20.— Mk.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12296.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Aue.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 446, Schneeberg 15, Schwarzenberg 19. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Eine Gewähr für das Erscheinen der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht geleistet, auch steht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher erteilten Aufträge, — die Wiedergabe unverlangt eingesandter Schriftstücke steht der Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Mit Zeitungsverzug und Ausfall gelten Rabatte als nicht gewährt. Gerichtsstand für beide Teile ist Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 167. Donnerstag, den 20. Juli 1922. 75. Jahrg.

Schwarzenberg. Markenausgabe.

Die Ausgabe der **Brotmarken** für die neue Versorgungsperiode erfolgt **Donnerstag, den 20. Juli 1922,** nach untenstehender Aufstellung. Hierbei machen wir auf folgendes aufmerksam:

a) Die Brotmarkentasche ist vorzulegen. b) Einwendungen wegen unrichtiger Aushändigung werden auf keinen Fall angenommen, wenn der Empfänger der Marken die Ausgabestelle verlassen hat. c) Personen, die ihre Marken am Ausgabetage nicht abholen, erhalten diese am **Freitag, den 21. Juli 1922, vormittags 8—1 Uhr,** im Ernährungsamt und in den Verwaltungsstellen Wildenau und Neuwelt gegen Bezahlung einer Gebühr von 50 Pfg. für jede Markentasche. d) Die Marken werden nur an erwachsene Personen ausgehändigt. e) Das Ernährungsamt ist am Marken-Ausgabetage geschlossen. f) Die Einteilung in der Aufstellung ist genau einzuhalten, andernfalls Zurückweisung erfolgt.

Schwarzenberg, am 18. Juli 1922. **Der Rat der Stadt. — Ernährungsamt.**

Aufstellung:

1., 2. u. 3. Bezirk: Ernährungsamt (Stadthaus I), 5. u. 6. Bezirk: Verwaltungsstelle Sachsenfeld
4. Bezirk: Vorraum der Handels- und Gewerbeschule, 7. „ Verwaltungsstelle Neuwelt
8. „ Verwaltungsstelle Wildenau.

Ausgabezeiten:

1., 4. und 6. Bezirk vorm. 8—12 Uhr, 2., 3. und 5. Bezirk nachm. 1—4 Uhr,
7. und 8. Bezirk vorm. 8—1 Uhr, nachm. 3—4 Uhr.

Schwarzenberg.

Infolge weiterer Steigerung der Kohlen- und Materialpreise der Frachten und Arbeitslöhne muß der Gaspreis in folgender Weise erhöht werden: 1.) für die nach dem 30. Juni 1922 erfolgenden Zählerablesungen auf 7.90 Mk. für den cbm, bei Abnahme durch Münzgasmesser auf 7.85 Mk., 2.) für die nach dem 31. Juli 1922 erfolgenden Zählerablesungen auf 8.20 Mk. für den cbm, bei Abnahme durch Münzgasmesser auf 8.25 Mk.

Schwarzenberg, am 17. Juli 1922. **Der Rat der Stadt.**

Holzversteigerung. Lauterer Staatsforstrevier,

Sonnabend, den 22. Juli 1922, vorm. 1/2 9 Uhr, im **Gasthof „Zum Muldenfelsen"** in **Aue.**
230 m. Stämme 10—30 cm stark, 1700 w. Klöße 7—15 cm stark, 400 w. Klöße 16—34 cm stark,
204 w. Derbstangen 8—12 cm stark. Abt. 32 und 37 (Kahlschläge).

Forstrevierverwaltung Lauter. **Forstrentamt Schwarzenberg.**

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Das Schutzgesetz angenommen.

Der Reichstag hat das Ausnahmegesetz in dritter Lesung angenommen. Ob es eine Zuchtrute ist, die dem deutschen Volk gebunden worden ist, wird die Erfahrung zeigen. Was wir bisher schon unter der Ausnahmeverordnung erlebt haben, läßt mancherlei erwarten, vor allem die einseitige parteipolitische Anwendung. Stellen wir noch einmal fest: das Gesetz ist ohne Beispiel in der neuesten Verfassungsgeschichte. Es ist ohne Beispiel, weil es das Grundgefüge der Weimarer Verfassung zerbricht. Mörderzirkel sollten getroffen werden, während es in Wahrheit bestimmte politische Parteien sind, die mit der Ueberlieferung und der Vergangenheit nicht brechen wollen. Wenn es die Paragraphen nicht sagen, so werden es doch die Organe des Staates ausführen, zumal dann, wenn die Verwaltung weiter politisiert wird.

Was der Reichstag am Tage der dritten Lesung bot, das war auch keine Erhöhung und keine Erhebung. Diese Selbstzerfleischung ist ein Ergebnis des üblen Parteiwesens, das in Deutschland völlig entartet ist, weil bei vielen Parteien das Vaterland erst in zweiter Reihe oder garnicht kommt. Der Engländer ist zunächst einmal Engländer, dann erst Tory oder Whig. Wenn das englische Volk so schwere außenpolitische Krisen zu durchleben und durchbeben hätte, wenn es an seinem Weg nur Dornen und Disteln sähe, würde es dem Auslande ein Bild innerer Geschlossenheit und Selbstsicherheit bieten. Bei uns in Deutschland ist das anders. Wir wissen nicht, welchen Erfolg das deutsche Stundungsgesuch hat, wie die neuen Zwangsauflagen beschaffen sind oder sein werden, die heute schon die französische Presse mit leidenschaftlicher Heftigkeit fordert. Zu tragen werden sie nur sein, wenn im deutschen Volk der Wille zum Leben unüberwindlich stark ist, wenn es zu einer Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft zusammenwächst. Da darf kein Teil den anderen gefährden, da darf das Reich der einen Partei nicht die harte Waffe eines Ausnahmegesetzes gegen die andere Partei in die Hand drücken, da darf kein Land fühlen, daß es wichtige staatliche Rechte preisgeben soll.

•

Berlin, 18. Juli. Im Reichstag wurde heute das **Gesetz zum Schutze der Republik** in dritter Lesung beraten.

Abg. **Bazille** (Dntl.): Es sei notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Linke jetzt dabei sei, das zu verbrennen, was sie früher verehrt habe. Wir dürfen politische Richtungen unter Ausnahmerecht stellen, die mit Gewalttaten nichts zu tun haben. Aus dem Munde des obersten Hüters der Gerechtigkeit haben wir gehört, daß alle diese neuen Gesetze sich **gegen rechts richten** sollen. Am Sonntag nach dem Rathenau-Morde sagte der Reichskanzler hier im Reichstage: **„Der Feind steht rechts!"** Alles Unheil, das aus diesen frevelhaften Worten entstand, kommt auf sein Haupt. (Große Unruhe links, Rufe links: Das war eine Drohung!) Der Reichskanzler habe sich nicht gescheut, Millionen Deutscher als **vaterlandslos** zu bezeichnen, und jetzt sollen diese unter Ausnahmegesetze gestellt werden. Dieses Gesetz zum sogenannten Schutze der sogenannten deutschen Republik. (Großer Lärm links. Der Präsident ersucht den Redner, die erregte Stimmung des Hauses nicht zu verschärfen. — Die Abgeordneten der Linken umdrängen den Redner und hindern ihn eine Zeitlang am Weitersprechen. Andauernde große Erregung im Saale. (Zurufe von rechts und links.) Der Redner erklärt, daß er diesem Gesetz nicht zustimmen könne. Die Deutschnationalen hätten mit dem Morde nichts zu tun; für gewisse deutschvölkische Kreise sei die Partei nicht verantwortlich. Auch die Deutschnationalen lebten in schwerster Besorgnis, daß dieses Attentat nicht das letzte sein könne. Gälte es irgend ein Mittel zur Verhinderung der Mordtaten, so müßte es angewandt werden. (Zurufe links: Wulle hetzt schon wieder!) Die Deutschnationalen hätten nie zum Mord gehetzt, wohl aber die Linke. (Großer Lärm links. Die Mehrheitsparteien verlassen zum großen Teil den Saal.) Der Münchner Hochverräter Leoprechting wurde vom Chef der Reichskanzlei empfangen. Wenn man so argumentieren wollte wie die Linke, dann müßte man sagen, daß die Reichsregierung Beziehungen zu Leoprechting unterhalten habe. Der Reichskanzler dürfe sich nie dazu hinreißen lassen, Millionen deutscher Männer und Frauen als Feinde zu bezeichnen. Die Revolution war ein nationales Unglück; das habe auch der Sozialdemokrat Winnig gesagt. Wo in der Welt wäre es möglich, daß man Männer wie Hindenburg und Ludendorff als Reichsverderber und Massenmörder hinstellt (Stürmische Rufe rechts.) Man wollte sogar den Frevel begehen, die Statue des großen Kaisers aus der Walhalle zu entfernen. 56 Tote und 140 Verwundete fielen bei den Demonstrationen nach dem Morde Rathenaus. So schützt Dr. Wirth Leben und Eigentum der Bürger. (Großer anhaltender Lärm links und in der Mitte. — Der Präsident erklärt, er bedauere diese persönlichen Angriffe gegen den Kanzler, könne aber nicht einschreiten. — Neuer Entrüstungssturm auf der Linken. Schimpfworte.) Der Redner erklärt, daß er nur davor gewarnt habe, die verderbliche Politik fortzusetzen. (Erneuter Lärm links. — Der Präsident ermahnt den Redner, nicht solche Szenen hervorzurufen.) Der Redner bestreitet, persönliche Angriffe gegen den Reichskanzler gerichtet zu haben. Er fragt, wo die Entrüstung der Linken war, als man vier Millionen Deutsche beschimpfte, und behauptet, sie träufle Gift in die Wunden des deutschen Volkes. Die Wut der Linken sei nur der Ausfluß ihrer Scham. Ohne die nötige Mitarbeit der Deutschnationalen wäre Deutschland längst zusammengebrochen. Der Redner schließt: „Wir sind und bleiben die Vorkämpfer der Befreiung Deutschlands von innerem und äußerem Fesseln. (Lebhafter Beifall rechts. Stürmischer Widerspruch links.)

Abg. **Keil** (Soz.) wirft dem Vorredner vor, daß er eine Hetzrede als Material für deutschnationale Agitation gehalten habe. (Rüge des Präsidenten.) Der Abg. Bazille sei nicht nur französischer Abstammung, sondern habe seinen Urlaub regelmäßig in Frankreich verbracht. Als er in das politische Leben eintrat, sei er zunächst linksliberal, dann rechts-nationalliberal gewesen, bis er sich nach der Revolution den Deutschnationalen anschloß.

Abg. **Fehrenbach** (Ztr.) weist die Rede des Abgeordneten Bazille zurück und erinnert an die großen äußeren Gefahren, von denen Deutschland bedroht ist. Auch die Opposition sollte einen Ton anschlagen, der sich einigermaßen mit dem Anstand vereinbaren lasse. Die Situation sei wirklich ernst, namentlich die in Aussicht stehenden neuen Forderungen der Reparationskommission. Das vaterländische Gewissen sollte daher in allen Kreisen gestärkt werden. (Abg. Graf **Westarp** (Dntl.): Soll das auf uns zielen? — Zustimmung bei der Mehrheit.) Die giftgeschwollene Rede sei sorgfältig präpariert worden, um hier das Gift zu verspritzen. (Zustimmung bei der Mehrheit. Unruhe rechts. Zuruf des Abg. Graf Westarp.) Herr Graf Westarp, können Sie diese Rede gutheißen? (Graf Westarp: Jawohl! — Große Unruhe. Zurufe bei der Mehrheit.) Dann haben Sie sich Ihr Urteil selbst gesprochen. Mit diesem Gift und mit dieser Galle werden Sie auch in Ihren Kreisen keinen Eindruck machen. Auch in den Kreisen der Rechten gibt es noch Leute, die für diese Art des Kampfes kein Verständnis haben. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Emminger** (Bayr. Vpt.) dankt dem Redner für diesen Schlußstrich unter diese unerquickliche Szene. Der Redner legt dann nochmals die Gründe dar, die seine Partei zur Ablehnung der Vorlage bewogen haben. Wenn man **Bayern** politisch mehr entgegengekommen wäre, dann wäre sicherlich eine **Entspannung der Lage eingetreten.** Wir Bayern stehen auf dem Standpunkte, daß Brüder eines und desselben Volkes sich nicht weiter auseinanderreden sollten. Vielfach handle es sich nur um Mißverständnisse. Ich habe hier gesagt, 80 Prozent des bayerischen Volkes fühlen monarchistisch. Aber kein vernünftiger Bayer denkt dort an Verfassungssturz. Er sei Vernunftrepublikaner. Der Redner verlangt eine große politische Linie in Deutschland. Wir seien außenpolitisch dem Untergange geweiht, wenn wir nicht im Innern einen Gottesfrieden schließen. **Nur eine große Front aller Parteien, die das Vaterland vom Abgrund retten wollen, könne uns helfen.**

Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vpt.) nennt die Ausführungen des Vorredners eine staatsmännische Rede. Sie sei ein wohltuender Gegensatz zu anderen Ausführungen am heutigen Tage. Auch er verweist warnend auf die großen außenpolitischen Gefahren, die Einigkeit im Innern erforderten. Emminger habe mit Recht darauf hingewiesen, daß man nicht immer nur in den Wunden der Vergangenheit wühlen sollte, sondern daß wir den Blick in die Zukunft richten müßten. Wir müssen zum Gebote der Ordnung und der Zusammenarbeit zurückkehren. Die Rede des Abg. Bazille sei sehr bedauerlich. Welch ein Abstand zwischen der Rede des Abg. Döringer und der des Abg. Bazille, welche Entwicklung von der ersten bis zur dritten Lesung! Wenn es gelungen ist, eine gewisse Beruhigung in Deutschland zu schaffen, so ist das auch das Verdienst derjenigen, die manches Liebgewordene hintangestellt und kräftig mitgearbeitet haben. Auch außenpolitisch war die Rede sehr gefährlich. Sie mußte Oel ins Feuer gießen. Das persönliche Material gegen den Abg. Bazille kann nur den Geheimakten eines Ministeriums entstammen. Gegen einen solchen Mißbrauch der Rednertribüne des Reichstages muß eine Verwahrung eingelegt werden. Der Redner wandte sich dann dem Schutzgesetze zu und führt an, daß ein Ausnahmecharakter nicht mehr bestehe. Das Recht der politischen Versammlung sei gesichert. Dem Gesetz müsse jeder Parteicharakter und jeder schikanöse Charakter genommen werden. Der Redner empfiehlt einen Antrag, wonach bei den Zeitungsverboten auf längere Dauer ein aufschiebendes Veto ermöglicht werde. Die Deutsche Volkspartei stimme der Vorlage mit großer Mehrheit zu in der Erwartung, daß das Gesetz schärfste gehandhabt werde. Er richtet dann warnende Worte an die Bayern, die auch die Verhältnisse in Norddeutschland berücksichtigen müßten. Bayern ist ein Bauernland, der Norden aber hauptsächlich ein Industriegebiet. Wenn wir zu allen Schwierigkeiten noch einen dauernden Streit um die Staatsform haben, dann kommen wir niemals zu ordentlichen Zuständen. Der Kampf um diese Dinge muß zurückgedrängt werden. Die Jenaer Burschenschaft habe sich trotz der unerhörten Besudelung ihres Denkmals nicht zu radikalem Treiben hinreißen lassen, sondern sie habe zur Mitarbeit aufgerufen. Wenn es gelte, das Vaterland zu retten, sollten sich alle Vaterlandsfreunde zusammenfinden.

Abg. **Koenen** (Komm.) hält die Situation immer noch für sehr kritisch und verlangt, daß das Gesetz nur gegen rechts angewandt werde. Der Redner behauptet dann, daß aus dem romantischen Selbstmord der Rathenau-Mörder auf der Saalburg neue Mordattentate deutschnationaler Jünglinge entstehen würden.

Abg. **Henke** (Unabh.) wirft den Kommunisten überschwengliches Selbstgefühl und Mangel an Selbsterkenntnis vor. Den Fortschritt, den dieses Gesetz bringe, könne man nur verkennen, wenn man böswillig sei. Der Redner fordert den Zusammenschluß der sozialistischen Parteien.

Abg. **Bazille** (Dntl.) [illegible] der Linken unterbrochen) stellt fest, daß auch der Kanzler [illegible] einmal von der sogenannten deutschen Republik gesprochen habe. Dem Keil habe nicht als Abgeordneter gesprochen, sondern als mitteldeutscher Arbeitsminister. Er habe aus persönlichen Akten hier vorgelesen, zu deren Geheimhaltung er verpflichtet war. (Lachen links.) Alles, was er behauptet habe, sei unwahr gewesen.

Abg. **Keil** (Soz.) nennt die Darlegungen des Vorredners eine Märchenerzählung. Er habe unter Verschweigung der Tatsachen, daß er von Württemberg Gelder erhielt, bei der Zivilbehörde Gehalt erhoben und umgekehrt. Dem Moralhelden müsse die Larve vom Gesicht gerissen werden. Das Disziplinarverfahren werde noch folgen.

Abg. **Fehrenbach** (Ztr.) bedauert, daß dieser letzte Tag in dieser Weise ende. Der Reichstag sei nicht das Tribunal, um solche persönlichen Angriffe zu entscheiden. Das ist Sache des Disziplinarverfahrens, das der Abg. Bazille selbst beantragt habe.

In der Einzelberatung erfährt sodann die Vorlage verschiedene Abänderungen. Daraufhin wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung in dritter Lesung gegen die Deutschnationalen, die Bayrische Volkspartei, den Bayrischen Bauernbund, einige Deutsche Volksparteiler und die Kommunisten angenommen. Dafür stimmten 303 Abgeordnete, dagegen 102 Abgeordnete. 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Annahme ist also mit einer Zweidrittelmehrheit erfolgt.

Dann wird noch die **Amnestievorlage** und das Gesetz über die **Pflichten der Beamten** zum Schutze der Republik in dritter Lesung angenommen.

Das Kabinett Wirth bleibt.

Berlin, 18. Juli. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei wird demnächst einberufen werden. Ueber die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien verlautet jetzt, die Mehrheitssozialdemokraten hätten sich zuerst an die Unabhängigen gewandt und ihnen die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft, also die vollständige Verschmelzung, vorgeschlagen. Die Unabhängigen hätten darauf aber nicht mit Ja geantwortet, da inzwischen aus dem Lande zahlreiche Protesterklärungen einliefen. Daraufhin wurde beschlossen, auf die Erweiterung der Regierung überhaupt zu verzichten. Die Regierung Wirth soll bleiben und der Reichstag in die Ferien gehen. In der Zwischenzeit soll aber die Verschmelzung der beiden Parteien vollzogen werden. Der Parteitag der Mehrheitssozialisten im September wird auch der Verschmelzungs-Parteitag beider Parteien sein.

Die Teuerung.

Berlin, 18. Juli. In der neuen Teuerungsaktion der Beamtenschaft wurden gestern im Finanzministerium die Forderungen der Spitzenorganisationen überreicht. Mit der Führung der Verhandlungen ist vom Reichsfinanzministerium wieder der Ministerialdirektor v. Schlieben beauftragt worden. Die Einladungen an die Spitzenorganisationen lauten auf Donnerstag, den 20. d. M.

Gegensätzliche Auffassungen in der Reparationskommission.

London, 18. Juli. Der Pariser Korrespondent der „Times" schreibt, daß sich die Reparationskommission [illegible] habe. Es scheine, daß Lloyd George nach den Beratungen der letzten Tage sich wegen der Verzichte auf die England von Frankreich [illegible] Summen [illegible] habe, die Frankreich [illegible] sei. Ohne Konzessionen aber werde Frankreich [illegible] Marken. Wenn [illegible] gewährleistet [illegible] gewährleistet [illegible]